

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

15. Jahrgang

Berlin, den 3. März 1942

Nummer 3/4

Nachdruck und Vervielfältigung sowie schriftliche, telegraphische und telephonische Verbreitung — auch auszugsweise — ohne besondere Genehmigung nicht zulässig

Japans Sieg im Ringen um die Sicherung seiner kriegswichtigen Rohstoffversorgung

Seit Jahren hatten angelsächsische „Sachverständige“ unter Hinweis auf die wirtschaftlichen Anforderungen des Chinakonflikts und auf die schmale eigene Rohstoffbasis Japans dessen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch vorausgesagt oder doch mindestens eine so weitgehende wirtschaftliche Schwächung Japans erwartet, daß der weiteren machtpolitischen Expansion des Inselreichs dadurch in Kürze unübersteigliche Grenzen gezogen würden. Trotzdem hat es Japan verstanden, nicht nur dem zunehmenden wirtschaftlichen Druck der angelsächsischen Mächte unter Behauptung seiner territorialen Erwerbungen unerschüttert standzuhalten, sondern gleichzeitig noch seine militärische Schlagkraft immer weiter zu erhöhen. Folgende Maßnahmen waren hierbei von besonderer Bedeutung:

1. Die seit dem Mandschureikonflikt angestrebte Ausrichtung des gesamten wirtschaftlichen Potentials auf die Steigerung der Wehrkraft hat seit dem Ausbruch des Chinakonflikts im Sommer 1937 zu einer immer umfassenderen und wirksameren wehrwirtschaftlichen Organisation geführt, deren Hauptziel die weitgehende Rationierung des kriegsunwichtigen Verbrauchs und die rationellste Verteilung der Wirtschaftskräfte auf die verschiedenen Verwendungszwecke des Kriegssektors bildete.

2. In diesem Zusammenhang ist seit Ausbruch des Chinakonflikts entgegen der früheren Vor-

herrschaft der Verbrauchsgüterindustrien das industrielle Schwergewicht Japans immer stärker auf die kriegswichtige Investitionsgüterindustrie verlagert worden. Ein großzügiger Ausbau der Produktionsmittelindustrie unter gleichzeitiger Beschränkung der sogenannten „Luxusproduktion“ — deren Bereich an europäischen Maßstäben gemessen in Japan sehr weit gezogen ist — ließ, unterstützt durch den Ausbau der synthetischen Rohstoffherzeugung, die Produktion kriegswichtiger Güter stark ansteigen.

3. Hand in Hand mit den wehrwirtschaftlichen Maßnahmen im Mutterland ging die planmäßige Nutzbarmachung der wirtschaftlichen Möglichkeiten Mandschukuos und Nordchinas, die organisatorisch in dem am 5. November 1940 verkündeten 10-Jahres-Plan einen vorläufig abschließenden Rahmen gefunden hat¹⁾. Die wachsende Bedeutung Mandschukuos und Nordchinas für Japan zeigt sich ganz allgemein schon in der zunehmenden Außenhandelsverflechtung. Die Einfuhr Japans (Stammland) aus Mandschukuo und Nordchina ist von 348,5 Mill. Yen im Jahre 1935 auf 683,1 Mill. Yen im Jahre 1939, also um 95,5 v. H. gestiegen. (Bis zum 1. Halbjahr 1940 ist sie im Vergleich zum 1. Halbjahr 1935 um 138,8 v. H. von 168,8 Mill. Yen auf 402,6 Mill. Yen gestiegen.)

¹⁾ In diesem Plan sind die einzelnen industriellen Aufbaupläne für die drei Länder des Yenblocks aufeinander abgestimmt und miteinander verbunden worden; auf seiner Grundlage wird der Yenblock, das Kerngebiet der erstrebten ostasiatischen „Sphäre des gemeinsamen Wohlstandes“, planmäßig zu einem standortbedingten Industrieblock ausgebaut.

4. Auch die Wirtschaftsverträge, die Japan 1940 mit *Französisch-Indochina* und *Thailand* schließen konnte, bedeuteten schon damals eine nicht unwesentliche Stärkung der japanischen Wirtschaftskraft.

5. Ganz wesentlich hat Japan schließlich die Politik geholfen, Jahre hindurch ohne Rücksicht auf die Ausfuhrentwicklung und auf die Abnahme der Goldreserve soviel wie möglich einzuführen. Die japanische Einfuhr betrug in der Zeit von 1936 bis 1939 12127,9 Mill. Yen gegen nur 8103,5 Mill. Yen in den Jahren 1932 bis 1935. Der Passivsaldo der japanischen Handelsbilanz im Verkehr mit dem Devisenaußenland war in den Jahren 1936 bis 1939 mit 2275,9 Mill. Yen um 1480 Mill. Yen höher als in der Zeit von 1932 bis 1935, in der er nur 795,9 Mill. Yen betrug. Daß bei der Einfuhr den kriegs- und investitions-wichtigen Gütern absolut der Vorrang gegeben wurde, versteht sich bei der schon damals weitgehenden Ausrichtung des japanischen Außenhandels auf die wehrwirtschaftliche Erstärkung von selbst.

Da es schließlich offenkundig wurde, daß Japan trotz der hohen Anforderungen des China-konfliktes nicht gefügig werden würde, begannen die angelsächsischen Mächte schon lange vor Ausbruch der offenen Feindseligkeiten von sich aus auf eine — wie sie meinten, entscheidende — Schwächung Japans hinzuwirken, indem sie es mehr und mehr vom Weltmarkt abzuschneiden suchten. So wurde im Sommer 1940 zunächst die kriegswichtigste Ausfuhr aus dem angelsächsischen Machtbereich, nämlich die von Schrott und Flugzeugbenzin, mit deutlicher Spitze gegen Japan einer Kontrolle unterworfen, nachdem von den Vereinigten Staaten schon vorher ein „moralisches Embargo“ über die Flugzeugausfuhr nach Japan verhängt worden war. Die dann auf immer weitere Waren ausgedehnte Ausfuhrkontrolle wurde allmählich zu einer blockade-ähnlichen Sperrung der gesamten kriegswichtigen angelsächsischen Ausfuhr nach Japan ausgebaut. Im Sommer 1941, im Anschluß an die Besetzung indochinesischer Gebietsteile durch Japan, wurde — als Krönung dieser antijapanischen Maßnahmen — die Yen-Einfrierungs-Aktion, d. h. also praktisch die volle Blockade, von den angelsächsischen Mächten eingeleitet, die dabei in Niederländisch-Indien einen willfährigen Helfer fanden.

Trotz dieser Herausforderung versuchte Japan noch einmal, den Weg der Verständigung zu beschreiten, und ließ sich auf weitere Verhandlungen ein. Die britisch-amerikanische Koalition aber glaubte wohl, durch ihre Blockademaßnahmen die wirtschaftliche und damit zugleich die politisch-militärische Widerstandskraft Japans so unter-

graben zu haben, daß sie die völlige Kapitulation verlangen könnte. Hier aber stieß sie auf Japans klares Nein.

Obwohl Japan zu dieser Antwort in einem Zeitpunkt gezwungen wurde, da es noch mitten in der Durchführung seiner weitreichenden Wirtschaftspläne stand, erwies sich seine wirtschaftliche Rüstung doch als groß genug, um auch unter den Bedingungen einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den wichtigsten seiner bisherigen Lieferländer eine militärische Schlagkraft zu entfalten, die es befähigte, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Enge seines bisherigen Wirtschaftsraumes zu sprengen und sich eine äußerst günstige Basis für alle weiteren Aktionen zu sichern. Für den Fortgang der Kriegshandlungen in Ostasien sind für Japan neben der bereits erwähnten straffen kriegswirtschaftlichen Organisation¹⁾ und der erhöhten Eigenerzeugung an kriegswichtigen Gütern namentlich zwei Umstände von Bedeutung:

1. Mit Hilfe der planmäßigen Einfuhrpolitik der letzten Jahre hat Japan *außergewöhnlich hohe Vorräte an strategisch wichtigen Rohstoffen* anlegen können. Hier erweist sich das, was von den angelsächsischen Mächten oft als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden war, nämlich der langjährige starke Passivsaldo des Außenhandels und die Opferung des Goldbestandes, nun als eine überaus kluge Politik der Stärkung: An Stelle eines großen Goldbestandes, der in der gegenwärtigen Situation nicht viel mehr als totes Kapital bedeutet hätte, stehen Japan jetzt Vorräte an kriegswichtigen Rohstoffen und Materialien zur Verfügung, die, gemessen am Verbrauch der letzten Jahre, teilweise für ein oder zwei Jahre vollständig für die Bedarfsdeckung ausreichen würden. Die Abgabe von 2275,9 Mill. Yen Gold in der Zeit von 1936 bis 1939²⁾ macht sich also nun mehr als bezahlt³⁾.

¹⁾ Die kriegswirtschaftliche Organisation ist auf Grund der Ende 1940 beschlossenen Durchführung der „Neuen Wirtschaftsstruktur“ weiter ausgebaut worden. Besonders wichtig war die Hauptindustriekörperschafts-Verordnung vom August 1941, auf deren Grundlage die einzelnen Wirtschaftszweige zu umfassenden, staatlich beeinflussten Kontrollverbänden zusammengeschlossen werden sollten, die für die Durchführung der den einzelnen Wirtschaftsgruppen gestellten Produktionsaufgaben verantwortlich sind. Mit der am 28. Januar 1942 erfolgten Errichtung der Hauptindustriekörperschaft für Schiffbau sind die zunächst geforderten 12 Hauptindustriekörperschaften nunmehr vollzählig vorhanden. Eine zweite Liste befindet sich in Vorbereitung.

²⁾ Der U.S.-amerikanischen Einfuhrstatistik nach ist in den ersten 11 Monaten 1940 Gold im Werte von 198,4 Mill. \$, d. s. über den offiziellen Kurs umgerechnet 220,3 Mill. Yen, von Japan nach den Vereinigten Staaten verschifft worden.

³⁾ Allein die ausgewiesenen Vorräte in öffentlichen Lagerhäusern, die wahrscheinlich nur den bei weitem kleineren Teil der gesamten Vorräte ausmachen, sind von 21 Mill. parcels Ende September 1931 auf 40,8 Mill. parcels Ende September 1940, d. h. also um 94 v. H., gestiegen. Dabei sind die Vorräte an Metallen, Erzen und Maschinen innerhalb des gleichen Zeitraumes noch stärker gestiegen, und zwar von 1,5 auf 5,8 Mill. parcels, d. h. also um 386,6 v. H. Über die Vorratslage bei einzelnen besonders wichtigen Rohstoffen werden im folgenden noch nähere Angaben gebracht.

Selbst der Londoner Economist vom 6. September 1940 bezeichnete Japan als das „von allen größeren Ländern im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungskraft und etwaigen Kriegsbeanspruchung am besten mit Vorräten versorgte Land“.

2. Von noch größerem Gewicht ist die enorme Erweiterung der japanischen Rohstoffbasis durch die bisherigen militärischen Erfolge. Durch seine militärischen Eroberungen hat sich Japan nämlich den Weg zu den reichsten Rohstoffgebieten des pazifischen Raumes gebahnt, in erster Linie zu den Erzen und dem Gummi Britisch-Malayas, zu dem Erdöl Britisch-Borneos und Niederländisch-Indiens und zu den verschiedenen Erzen der Philippinen. Damit befindet sich Japan aber in bezug auf die Versorgung mit kriegswichtigen Rohstoffen heute bereits in einer unvergleichlich günstigeren Lage als bei Ausbruch des Krieges.

Die Lage bei den einzelnen Rohstoffen

Kohle

Schon seit jeher bildet die Versorgung mit Kohle, einem der kriegswichtigsten schwerindustriellen Grundstoffe, die stärkste Stelle des japanischen Wehrwirtschaftssystems. Das Mutterland selbst verfügt über nicht unbedeutende Kohlenvorräte, die in den letzten Jahren eine jährliche Förderungszunahme von schätzungsweise 4 bis 5 Mill. t oder rd. 10 v. H. ermöglichten. Hinzu kommen große Kohlenvorräte in Mandschukuo und auch in Nordchina, die ebenfalls jährlich steigende Förderungsmengen erwarten lassen. Infolgedessen dürfte selbst die kriegswirtschaftlich bedingte Steigerung des japanischen Kohlenbedarfs ihre volle Deckung im Yenblock finden, ohne daß dabei der Bedarf der nicht-japanischen Yenblockgebiete zugunsten der japanischen Bedarfsdeckung gedrosselt werden müßte.

Nach vorsichtiger Schätzung von japanischer Seite betrug der japanische Kohlenbedarf im Jahre 1941 61,5 Mill. t (1937 stellte er sich erst auf 48,5 Mill. t), wobei allerdings der steigende Bedarf für die synthetische Erdölgewinnung nicht mit eingerechnet ist.

Auf der Angebotsseite wird man die *Eigenförderung Japans* (Stammland) auf etwa 60 bis 62 Mill. t veranschlagen dürfen¹⁾, so daß die Förderung des Mutterlandes allein ausreichen mag, den Bedarf unter Ausschluß des Bedarfs der synthetischen Erdölgewinnung zu decken.

Einen wertvollen Beitrag zur Bedarfsdeckung vermögen außerdem die *Kolonien* beizusteuern. So dürfte insbesondere die Förderung aus den Kohlenfeldern Karafutos (Südsachalin) nicht unerheblich steigerungsfähig sein, da die Felder bisher, um im Notfall eine Reserve zu bilden, weitgehend geschont worden sind. Qualitätsmäßig dürfte insbesondere die Kohle aus Chosen (Korea) ins Gewicht fallen. Insgesamt wird die Kohlenausfuhr der Kolonien nach Japan im Jahre 1941 auf 2,5 Mill. t geschätzt werden können, denn schon bisher betrug die Jahresförderung Karafutos allein etwa 5 Mill. t.

Weiterhin kann *Mandschukuo* Japan in gewissem Umfang mit Kohle versorgen. Im Jahre 1941 dürfte die Kohlenförderung Mandschukuos etwa 26 Mill. t betragen haben. Allerdings ist der mandchurische Eigenbedarf recht beträchtlich, so daß von der Gesamtförderung des Jahres 1941 nur 1,5 bis 2 Mill. t nach Japan verschifft worden sein mögen und auch künftig kaum größere Mengen zur Verfügung stehen dürften, wenn die Leistungen Mandschukuos auf anderen Gebieten, namentlich in der Hüttenindustrie, nicht zurückgehen sollen.

Steigende Kohlenmengen kann Japan dagegen aus *Nordchina* erwarten, da die Kailan-Gruben, das größte chinesische Bergwerksunternehmen, durch die Kriegswirren nicht nur fast unberührt geblieben sind, sondern ihre Leistungsfähigkeit noch erhöhen konnten. 1941 wird die Kohlenausfuhr Chinas nach Japan sicherlich 4 bis 4,5 Mill. t erreicht haben.

Allein aus der Eigenförderung und der Einfuhr aus dem alten „Yenblock“ stünde also dem auf 61,5 Mill. t geschätzten Eigenbedarf Alt-Japans eine mögliche Deckung von 68 bis 71 Mill. t gegenüber. Der hierbei verbleibende Überschuß von schätzungsweise 6,5 bis 9,5 Mill. t dürfte vorerst sicher ausreichen, um den zusätzlichen Kohlenbedarf für die synthetische Erdölgewinnung zu decken.

Dabei verfügt aber Japan heute noch über weitere wertvolle Kohlenreserven in *Indochina*, das verhältnismäßig ausgedehnte Kohlevorkommen hoher Qualität aufweist. Die Gesamtförderung der indochinesischen Kohlenbergwerke erhöhte sich von 1,8 Mill. t 1938 auf 2,5 Mill. t 1939 und dürfte auch seither weiter zugenommen haben. Der Inlandsverbrauch Indochinas wird dabei auf nur rd. 0,5 Mill. t jährlich veranschlagt, so daß aus Indochina noch zumindest 2 Mill. t Kohle für Japan zur Verfügung stehen.

Die kriegswirtschaftlich zweckmäßigste Verwendung der Kohle ist in Japan überdies durch wirtschaftspolitische Maßnahmen völlig gesichert.

¹⁾ Nach einer japanischen Schätzung im „Oriental Economist“. — Da die japanische Produktionsstatistik seit Juli 1937, die Außenhandelsstatistik — nachdem sie seit eben diesem Zeitpunkt immer weniger detaillierte Angaben brachte — seit Ende 1940 eingestellt ist, ist man für den gegenwärtigen Stand der japanischen Versorgungslage wesentlich auf Schätzungen, im übrigen auf die Ausfuhr-Statistik der Lieferländer, d. h. in erster Linie die U.S.-amerikanische Statistik, auf sporadische Mitteilungen, Pressenotizen u. ä. angewiesen.

Auf der Grundlage des Kohlekontrollgesetzes vom April 1940 wurde nämlich die Errichtung einer halbamtlichen Großhandels-gesellschaft, der Japanischen Kohlengesellschaft, beschlossen, die am 1. Oktober 1940 das alleinige Recht des Kohleverkaufs erhielt und ihre Geschäftstätigkeit aufnahm. Hierdurch liegt die Preisfestsetzung und die Durchführung der Verteilungspläne weitgehend in Händen des Staates. Im Zuge der seit Ende 1940 aufgestellten Pläne über die „Neue Struktur“ der Wirtschaft (s. S. 18 Anm. 1) soll neben dieser Verteilungskontrolle auch die Förderungskontrolle eingeführt werden, so daß mit Gründung des geplanten Kohlenindustrierats eine einheitliche Gesamtkontrolle der Kohlenwirtschaft erreicht sein wird.

Eisen und Stahl

Auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlwirtschaft hatte die japanische Wirtschaftspolitik mit etwas größeren Schwierigkeiten zu rechnen als in der Kohlenwirtschaft. Doch dürfte auch hier die starke Produktionssteigerung im Laufe der letzten 5 bis 10 Jahre in Verbindung mit der äußerst straffen Organisation dieses Wirtschaftssektors, die die rationellste Auswertung der natürlichen Gegebenheiten gewährleistet, den Selbstversorgungsgrad so sehr erhöht haben, daß Japan, gestützt auf hohe Vorräte an Halbzeug und auf die schon jetzt eroberten Erzminen im pazifischen Raum, in seiner Eisen- und Stahlversorgung jetzt ziemlich günstig dasteht.

Was die Kapazität der Erzeugung von Roheisen und Rohstahl — also die Möglichkeiten der Eisen- und Stahlversorgung, ohne Rücksicht auf die Erzbasis — anbelangt, so ist Japan im Verein mit Mandschukuo heute völlig autark. Im Jahre 1941 dürfte die japanisch-mandschurische Produktion an Roheisen schätzungsweise 6,5 Mill. t betragen haben, die an Rohstahl und Gußeisen 10 Mill. t (Rohstahl: 8,5 Mill. t, Gußeisen 1,5 Mill. t). Das dürfte zumindest zur Deckung des kriegswichtigen Bedarfs ausreichen, zumal in Japan gerade in diesem Wirtschaftssektor Einschränkungen des zivilen Bedarfs weniger einschneidend und daher leichter durchführbar erscheinen als in den mittel- und westeuropäischen Industriestaaten. Überdies wird am Ausbau der Eisen- und Stahlproduktion kräftig weitergearbeitet. Verschiedene Versuche haben z. B. ergeben, daß es auch durchaus möglich wäre, die stillgelegten Öfen der Zementindustrie als Hochöfen für die Roheisenproduktion heranzuziehen und damit weitere Produktionsmöglichkeiten zu erschließen.

Wohl aber war bezweifelt worden, ob es gelingen würde, für diese an sich ausreichende Ver-

arbeitungskapazität die nötige Erz- und Schrottbasis zu sichern. Insbesondere schien in der *Schrottversorgung* ein Engpaß zu bestehen; denn die japanische Stahlindustrie war bisher stark — etwa knapp zur Hälfte — auf die Verarbeitung von Schrott angewiesen. Der Schrott mußte aber zum größeren Teil aus dem Ausland, und zwar überwiegend aus den Vereinigten Staaten, bezogen werden. Japan sah sich infolgedessen veranlaßt, gerade an dieser Stelle durch eine Reihe von Maßnahmen besonders weitschauend vorzusorgen. So hat Japan seine Schrottkäufe angesichts der seit 1937 wachsenden außenpolitischen Spannungen vorübergehend stark erhöht. Während es 1936 nur 1 Mill. t U.S.-amerikanischen Schrott bezogen hatte, wuchsen seine Bezüge von dort bis 1939 auf gut 2 Mill. t an; im Jahre 1940 erreichte die Schrotteinfuhr aus den Vereinigten Staaten trotz des im Sommer verhängten U.S.-amerikanischen Ausfuhrverbots noch knapp 1 Mill. t. Gleichzeitig war Japan auch auf die Schrotteinfuhr aus anderen Ländern (z. B. aus Britisch-Indien) bedacht; 1940 betrug diese Einfuhr immerhin gut eine halbe Million t.

Außerdem hat Japan sich mit Erfolg bemüht, durch Einführung neuer Produktionsverfahren Schrottmengen einzusparen. Das Krupp-Renn-Verfahren, dessen Anwendung vom Staate gefördert wird, liefert ein Eisenerzeugnis, das im Stahlofen an Stelle von Schrott verwendbar ist. Anfang 1940 waren drei Anlagen mit 16 Rennöfen in Bau, deren volle Inbetriebnahme eine beträchtliche Ersparnis von Schrott ermöglichen dürfte. Endlich kann auch durch systematische Schrottsammlung auf sicherlich noch recht erhebliche Vorräte zurückgegriffen werden — ganz abgesehen davon, daß gerade im Verlauf der Kriegshandlungen nicht unerhebliche Schrottmengen anfallen dürften.

Im ganzen ist es Japan gelungen, seine Abhängigkeit von der Schrotteinfuhr zu vermindern. Von den rd. 4 Mill. t Schrott, die im Jahre 1941 zur Produktion benötigt wurden, waren schätzungsweise zwei Drittel bis drei Viertel inländischen Ursprungs.

An *Eisenerz* benötigen Japan und Mandschukuo bei einer Roheisengewinnung von 6,5 Mill. t (dem Produktionsstand von 1941)¹⁾ gegenwärtig schätzungsweise 11 Mill. t. Der größere Teil dieses Erzbedarfs dürfte aus dem Gebiet des eigentlichen Yenblocks — Japan, Mandschukuo, Nordchina — gedeckt werden können. Etwa 4 Mill. t können gegenwärtig im Stammland gefördert werden. Weitere 2 Mill. t vermögen die sehr hochwertigen Gruben von Chosen (Korea) zu liefern. Auch aus den chinesischen Minen kann eine steigende Zufuhr

¹⁾ Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

erwartet werden, zumal gerade Nordchina zu den eisenreichsten Teilen Chinas gehört. Der Dreijahresplan setzte der chinesischen Förderung für 1941 ein Ziel von 2 Mill. t, das wahrscheinlich erreicht worden ist; 1936, d. h. vor Ausbruch des chinesischen Konfliktes, hatte die Förderung jedenfalls schon 1,8 Mill. t erbracht. Über die mandschurische Erzförderung, die 1936 knapp 2 Mill. t erbrachte (das bedeutete gegenüber der Förderung von 1934 eine Zunahme um 68 v. H.), ist Näheres nicht bekannt. Der Produktionsplan stellte für 1941 eine Erzförderung von 5 Mill. t als Ziel auf¹⁾.

Im Gebiet des eigentlichen Yenblocks dürfte somit mit einer Erzförderung von zum mindesten 8 Mill. t zu rechnen sein. Es blieben dann 3 Mill. t, die durch Einfuhr gedeckt werden müßten. Aber auch dieser Versorgungsanteil kann infolge der militärischen Ereignisse heute z. T. bereits als wieder gesichert gelten. So kann sich Japan nach der Eroberung Hongkongs und Manilas ungestört die Erzvorkommen Indochinas nutzbar machen. Die Erzförderung, die hier erst 1935 einsetzte, wurde auch bisher nach Japan verschifft. Im Jahre 1940 belief sich die Ausfuhr auf 42000 t.

Erheblich gestärkt wird Japans Erzlage durch die Eroberung der Philippinen. Japan hat bisher schon die gesamte Erzausfuhr der Philippinen aufgenommen; sie betrug 1940 1,2 Mill. t (gegen 0,9 Mill. t im Jahre 1938) und fällt vor allem deshalb stark ins Gewicht, weil sie sehr hochwertige Erze umfaßt.

Von weittragender Bedeutung aber ist es insbesondere, daß Japan im gegenwärtigen Krieg die reichen Eisenerzlager Britisch-Malayas, deren Förderung schon immer fast vollständig zur Versorgung der japanischen Schwerindustrie herangezogen wurde, in seine Hand bekommen hat. Von den 5 Eisenerzminen Britisch-Malayas liegen je eine in dem an Thailand angrenzenden Staat Kelantan, in dem westlich hiervon an der Ostküste gelegenen Staat Trengganu und in dem mittleren, ebenfalls bis an die Ostküste sich erstreckenden Sultanat Pahang. Die beiden übrigen Erzminen liegen im südlichen Staat Johore. Die malayischen Eisenerzlager haben schon in den letzten Jahren den Einfuhrbedarf (Alt-) Japans etwa zur Hälfte gedeckt — 1940 wurden knapp 2 Mill. t Erz nach Japan verschifft — und befanden sich auch kapitalmäßig schon immer in japanischen Händen.

Schließlich dürfte die japanische Wirtschaft auch über nicht unerhebliche *Vorräte an Eisen und Stahl* verfügen. Jedenfalls hat Japan noch bis zum Erlaß des U.S.-amerikanischen Stahl-

embargos, das am 1. Januar 1941 in Kraft trat, umfangreiche Eisen- und Stahlkäufe in den Vereinigten Staaten tätigen können. Diese Käufe erreichten im Jahre 1940 noch 0,4 Mill. t gegen 0,2 Mill. t 1939 und 0,5 Mill. t 1938.

Ebenso wie auf kohlenwirtschaftlichem Gebiet sorgt dabei auch auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlwirtschaft eine umfassende Ankaufs-, Verteilungs- und Preiskontrolle für eine zweckmäßige Auswertung und Verwendung. Im März 1940 wurden die vier Großverbände, die seit dem Herbst 1939 die Kontrolle über die Verteilung und Preisgestaltung von Rohstahl und Stahlwaren ausüben, und 8 weitere Verbände für Schrott in eine Zentralorganisation, den Japanischen Eisen- und Stahlverband, eingegliedert, der im November 1940 in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt wurde. Durch Gründung des Eisen- und Stahlindustrierats im April 1941 erhielt die Eisen- und Stahlindustrie als erster Wirtschaftszweig die in der neuen Wirtschaftsgesetzgebung für alle größeren Wirtschaftsgruppen geplante zentrale Kontrollorganisation.

Nichteisenmetalle

Auch Nichteisenmetalle stehen Japan — besonders nach den bisher erzielten militärischen Erfolgen — in ausreichendem Umfange zur Verfügung.

In erster Linie gilt dies von *Zinn*; denn sein Vordringen im südostasiatischen Raum führte Japan in das an Zinn reichste Wirtschaftsgebiet der Erde. Überdies konnte Japan, dessen eigene Zinnförderung nur schätzungsweise 2500 t¹⁾ erreicht, schon vor den neuesten militärischen Erfolgen seine Zinnposition durch die Wirtschaftsverträge mit Thailand und Indochina außerordentlich stärken. Die thailändische Zinnförderung, die 1940 mit rd. 17500 t schätzungsweise 7,5 v. H. der Weltzinnproduktion erbrachte, übersteigt dabei allein schon den japanischen Bedarf. Rechnet man hierzu noch rd. 1500 t aus indochinesischer Zinnförderung und weitere 5000 t aus den chinesischen Erzminen, die in den südwestlichen Teilen der Provinz Hunan und den nordöstlichen Teilen der Provinz Kuangsi, also in dem unter japanischem Einfluß stehenden Gebiet Chinas liegen, so verfügte Japan schon vor Beginn der eigentlichen Kriegshandlungen über eine Zinnproduktion von rd. 26500 t, während sein Bedarf auch 1940 12000 t noch nicht überstieg. Mit der Eroberung Britisch-Malayas aber stehen Japan darüber hinaus die Zinnreserven des Landes zur Verfügung, das seit jeher eine beherrschende Stellung in der Weltzinnwirtschaft eingenommen hat. Mit einer Förderung von rd. 86000 t (1940)

¹⁾ Die mandschurischen Erzgruben haben den Vorteil, in der Nähe von Kohlevorkommen zu liegen; daher wird der größte Teil des Erzes im Lande selbst verhüttet.

¹⁾ Sämtliche Angaben über die Zinnproduktion erfassen den Metallinhalt der Erzförderung.

entfielen 35 v. H. der Weltzinnförderung allein auf die malayischen Erzminen. Die Förderung erfolgt überwiegend im Tagebau, so daß etwaige Zerstörungen in absehbarer Zeit behoben werden können. Das wichtigste Zinnrevier liegt im Staat Perak an der Nordwestküste der Halbinsel, der direkte Eisenbahnverbindung mit der thailändischen Haupt- und Hafenstadt Bangkok hat. Die eine der beiden großen Erzstätten Britisch-Malayas, die auf Penang, wurde vor dem Rückzug von den britischen Truppen zerstört. Einer Nachricht in der Financial Times vom 8. Januar 1942 zufolge dürften jedoch ihrem Wiederaufbau, wie im übrigen auch notfalls einer Erhöhung der eigenjapanischen Verhüttungskapazität selbst, die bisher nur rd. 5000 t betrug, keine „unüberwindlichen“ (insuperable) Schwierigkeiten entgegenstehen. Der zum Verhüttungsprozeß notwendige Anthrazit ist, der Financial Times zufolge, in ausreichendem Umfang in Indochina verfügbar, und ebenso können auch die dazu erforderlichen verhältnismäßig geringen Mengen an Kohle und Öl von Japan aufgebracht werden. Außerdem wurde schon im Herbst vorigen Jahres auch in Thailand mit dem Bau einer Zinnhütte begonnen.

Durch die außerordentlich günstige Zinnversorgung, deren Bilanz mit einem hohen Überschuß der Produktion über den Verbrauch abschließt, wird zugleich die Versorgung mit Nichteisenmetallen überhaupt in erheblichem Grade gestärkt. Denn einerseits ermöglicht der Produktionsüberschuß eine bevorzugte Verwendung von Zinn im zivilen Sektor, andererseits ist es weiterhin möglich, Blei und Zink in gewissem Umfang durch Zinn zu ersetzen.

Diese Substitutionsmöglichkeit ist von großer Bedeutung, denn dem japanischen Bedarf an Blei von schätzungsweise 100 000 t steht aus dem Stammland und dem gesamten ostasiatischen Einflußgebiet nur eine Förderung von rd. 35 000 t, dem etwa gleich hohen Zinkbedarf aus demselben Raum nur eine Förderung von rd. 50 000 t gegenüber.

Die Kupferförderung des japanischen Stammlandes selbst beträgt jährlich bereits rd. 80 000 t. Unter Einfluß der mandchurischen Förderung und der Förderung der Philippinen (beide Bergbaugebiete sind noch weitgehend erschließungsfähig) steht dem japanischen Verbrauch von bisher rd. 250 000 t schon nach dem augenblicklichen Förderungsstand eine Deckungsmöglichkeit von über 100 000 t gegenüber. Auf Grund der sehr zahlreichen Kupfervorkommen des japanischen Inselreiches selbst — Japan gehörte früher zu den Kupferausfuhrländern — wird in den nächsten Jahren auch die Kupfergewinnung aus

den heimischen Erzen noch gesteigert und somit die mit wachsendem Eigenbedarf zeitweise eingetretene Abhängigkeit Japans von nord- und südamerikanischem Kupfer auch von dieser Seite immer mehr beseitigt werden können.

Für die Kriegezeit kann sich Japan auch beim Kupfer auf eine wahrscheinlich sehr starke Vorratsreserve stützen. So erhöhte sich die Kupferausfuhr der Vereinigten Staaten nach Japan von 36 000 t 1936 auf 113 000 t im Jahre 1939. 1940 hat Japan seine Kupfereinfuhr vor allem auch aus Chile noch einmal beträchtlich gesteigert. Schließlich wurde auch beim Kupfer der nichtkriegswichtige Verbrauch stark eingeschränkt. So ist z. B. seit Ende 1937 die Verwendung von Kupfer, seit dem Frühjahr 1938 auch die von Kupferlegierungen als Baumaterial genehmigungspflichtig. Mitte 1939 wurde die gesamte Einfuhr- und Verteilungskontrolle von einer halbstaatlichen Kontrollgesellschaft übernommen.

In den letzten Jahren hat Japan auch dem Aufbau einer eigenen Leichtmetallindustrie erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Bei Kriegsausbruch hatte diese Entwicklung bereits ihren ersten Höhepunkt erreicht; sie wird sich nunmehr unter den Auswirkungen des Krieges in verstärktem Tempo fortsetzen. Es dürfte wohl kaum zu hoch gegriffen sein, wenn man den 1940 erreichten Stand der japanischen Hüttenkapazität schon mit rd. 50 000 t Aluminium angibt. 1941 wurde die Erweiterung der Hüttenkapazität für die Aluminiumerzeugung besonders energisch vorangetrieben. Die jetzigen Pläne sollen auf den Aufbau einer Gesamtkapazität von rd. 250 000 t Aluminium hinzielen.

Die Schwierigkeiten, die bei einer weiteren Produktionssteigerung vorerst in der Rohstofffrage hätten erwachsen können — das Japanische Reich verfügt nur auf der Südseeinsel Palao über Bauxitlager —, wurden mit der Eroberung der Malayenstaaten aus dem Wege geräumt. Britisch-Malaya besitzt an der Westküste des Staates Johore, südlich von Malakka, größere Bauxitlager, deren Ausbeute — 1939 94 000 t — schon bisher vollständig nach Japan ging. Auch Indochina verfügt über Bauxit, dessen Förderung allerdings unbedeutend ist und auch bergmännisch und wirtschaftlich gesehen nicht sehr steigerungsfähig erscheint. Bisher schon konnten die Bauxitvorkommen in den von Japan kontrollierten Gebieten den Rohstoffbedarf der japanischen Aluminiumindustrie zu etwa 50 v. H. decken. In gewissem Umfang hätte dabei der Rohstoffbedarf der Aluminiumindustrie auch durch den koreanischen Alaunstein und den mandchurischen Alaunschiefer eine Erleichterung erfahren können. Durch den Fall Singapurs liegen die reichen hochwertigen

niederländisch-indischen Bauxitvorkommen in unmittelbarer greifbarer Nähe Japans, woraus sich für die Beurteilung der zukünftigen Rohstoffbasis der japanischen Aluminiumindustrie ganz neue Perspektiven ergeben.

Noch günstiger erscheint das Bild der japanischen Leichtmetallindustrie unter Berücksichtigung der ausgedehnten Magnesitlager auf Chosen (Korea) und in Mandschukuo, die zu den reichsten Lagern der Welt gehören. Die japanische *Magnesiumerzeugung*, die 1941 einen Stand von rd. 10000 t erreicht haben dürfte, ist in ihrer Rohstoffgrundlage, auch was ihren weiteren Ausbau anbelangt, voll durch die Magnesitlager des von Japan beeinflussten ostasiatischen Raumes gesichert. Darüber hinaus werden noch stets erhebliche Magnesitausfuhren möglich sein. Die Aufwärtsentwicklung der japanischen Leichtmetallindustrie wird so weitgehend auch durch die praktisch fast unbeschränkt steigerungsfähige Magnesiumerzeugung getragen werden.

Erdöl

Auch auf dem Gebiet der Erdölversorgung haben die militärischen Erfolge Japans eine völlig neue Sachlage geschaffen. In der Erdölversorgung schien ursprünglich einer der schwierigsten Engpässe der japanischen Kriegswirtschaft zu liegen, denn den größten Teil seines Treibstoffbedarfs hatte Japan bis Kriegsausbruch durch Einfuhr decken müssen, für die als Lieferanten nur Länder des britisch-amerikanischen Machtbereichs in Frage kamen. Japan hatte jedoch der hier liegenden Gefahr schon seit Jahren klar ins Auge gesehen und sich durch die Anlage von umfangreichen *Vorräten* wenigstens für eine gewisse Übergangszeit in seiner Treibstoffversorgung unabhängig zu machen gesucht. Daß die relativ sehr hohen Öleinfuhren, die Japan noch bis in die jüngste Zeit hinein hat tätigen können (1939 4,4 und 1940 3,9 Mill. t), längst nicht etwa zur Deckung des laufenden Verbrauchs notwendig waren, vielmehr weitgehend zur Voreindeckung getätigt worden sind, geht aus nachstehender Zahlenübersicht allein für die Jahre 1936 bis 1938 klar hervor:

Japans Erdölversorgung
in 1000 t

	1936	1937	1938
Eigenförderung			
Japan und Taiwan	347	354	364
Sachalin	182	211	1319
Einfuhr	4 108	4 661	5 000
	4 637	5 226	5 683
Verbrauch ¹⁾	3 300	3 600	4 000
Überschuß der Versorgung über den Verbrauch	1 337	1 626	1 683

¹⁾ Planzahl. — ²⁾ Schätzung.

Sowohl der amerikanische Marineminister Knox als auch der britische Minister für die wirtschaftliche Kriegsführung, Dalton, mußten daher bei Kriegsbeginn zugeben, daß Japan über Erdölvorräte verfügen dürfte, die für mindestens 14 Monate intensiver Kriegsführung ausreichen würden („... that Japan had sufficient oil to fight a major war for fourteen months“).

Für das Jahr 1941 wurde der Erdölbedarf Japans auf rd. 5 Mill. t veranschlagt, wobei allerdings noch mit einem recht beträchtlichen Anteil des nichtmilitärischen Verbrauchs gerechnet wurde. Diesem Bedarf stehen schon ohne die neu eroberten Gebiete Deckungsmöglichkeiten in folgender Höhe gegenüber:

1. in Japan und Taiwan (Formosa) eine Erdölförderung von rd. $\frac{1}{2}$ Mill. t;
 2. in Mandschukuo eine Schieferölgewinnung von 300 000 t (Produktionsschätzung für 1940) bis 500 000 t (Produktionsziel für 1941 nach dem mandschurischen Fünfjahresplan);
 3. in Russisch-Nordsachalin, dem einzigen Gebiet, in dem die japanischen Bemühungen um den Erwerb ausländischer Konzessionen von Erfolg begleitet waren, eine Förderung von schätzungsweise $\frac{1}{2}$ Mill. t. Allerdings war 1941 das letzte Vertragsjahr; ob die Konzession erneuert wurde, ist noch nicht bekannt;
 4. aus der synthetischen Erzeugung werden in Japan zurzeit schätzungsweise 250 000 bis 300 000 t jährlich gewonnen. Für 1943 setzte allerdings ein im Jahre 1938 aufgestellter Plan eine Produktion von rd. 2 Mill. t Öl aus synthetischer Erzeugung als Ziel, und zwar 0,9 Mill. t Benzin und 1,1 Mill. t Schweröle.
- Hierzu treten nun noch folgende Produktionsmöglichkeiten in den bisher schon besetzten Gebieten:
5. Die Erdölfelder Britisch-Borneos wiesen in den letzten Jahren eine Förderungsmenge von einer knappen Million Tonnen auf. Zwar konnte Japan die Erdölanlagen nur zerstört in seine Macht bekommen, aber der japanische Ministerpräsident Tojo gab Ende 1941 im japanischen Reichstag bekannt, daß von den etwa 150 Brunnen nach einmonatiger Arbeit 70 schon wieder betriebsfähig sein und etwa $\frac{1}{2}$ Mill. t Jahresleistung ergeben würden.
 6. Die Erdölfelder der Niederländisch-Borneo vorgelagerten Insel Tarakan, aus denen bisher jährlich rd. 700 000 t Öl gefördert wurden. Das Öl von Tarakan ist insofern besonders wertvoll, als es unmittelbar als Heizöl verwendbar ist. Lingkas, der Hafen dieser Insel, konnte sich infolgedessen zum größten Ölbunkerhafen Ost-

asiens entwickeln. Die Felder der Insel sollen in spätestens einem halben Jahr wieder voll betriebsfähig sein.

7. Die Erdölfelder Niederländisch-Borneos und Sumatras. Inwieweit sich diese Erdölgebiete schon in japanischen Händen befinden, ist noch nicht bekanntgeworden, jedoch dürfte dies nur eine Frage der Zeit sein. Ihre restlose Beherrschung würde Japan in den Besitz der reichsten Erdölfelder des Inselgebietes bringen.

Auf Sumatra allein werden über 5 Mill. t Erdöl gefördert und auf Niederländisch-Borneo knapp 2 Mill. t, so daß in diesem Gebiet außer der Erdölförderung Britisch-Borneos und Tarakans noch eine weitere Erdölförderung von etwa 7 Mill. t gegeben ist. (Bei einer etwaigen Besetzung Javas würde Japan noch eine weitere Förderung von etwa 1 Mill. t zur Verfügung stehen.)

Auch das Gebiet der Erdölwirtschaft wird in Japan von der Verbrauchsseite her straff geregelt und kontrolliert. Im Frühjahr 1938 wurde das Kartensystem eingeführt und seitdem ständig verschärft, so daß insbesondere der Taxenverkehr auf ein Minimum beschränkt ist. Im übrigen wurden für den Kraftwagenverkehr Ersatzstoffe eingeführt. Eine Verordnung im Jahre 1938 bestimmte zunächst für ein Jahr eine Alkoholbeimischung von 2,5 v.H., die bis auf 20 v.H. nach 7 Jahren erhöht werden sollte. Im Jahre 1940 betrug der Satz schon 10 v.H. Der für die Beimischung verwendete absolute Alkohol wurde zunächst vornehmlich aus Taiwan (Formosa) geliefert, wo er als Nebenerzeugnis der Zuckerindustrie aus Melasse gewonnen wird. (1937 und 1938 belief sich die Einfuhr aus Taiwan auf rd. 270000 hl jährlich.) Man errichtet aber mehr und mehr auch in Japan selbst neue Alkoholfabriken.

Schließlich soll im Zuge der neuen Wirtschaftsgesetzgebung auch für die Mineralölindustrie eine oberste halbstaatliche Kontrollgesellschaft, die Kaiserliche Erdöl-Gesellschaft, ins Leben gerufen werden, durch die der Staat sich über Kontrollbefugnisse hinaus auch das Recht zu unmittelbaren Anweisungen gesichert hat.

Kautschuk

Die Kautschuk-Versorgung ist ebenfalls gesichert, obwohl der japanische Bedarf hier völlig auf Einfuhr angewiesen ist, da Klima und Boden, wie Versuche auf Taiwan und den Bonin-Inseln gezeigt haben, für das Gedeihen von Kautschukplantagen ungeeignet sind. Denn schon im Jahre 1936 übertraf die Kautschukausfuhr Indochinas

und Thailands, über deren Rohstoffquellen Japan jetzt volle Verfügungsmacht hat, den japanischen Einfuhrbedarf. Seit 1938 führte sogar Indochina allein mehr an Kautschuk aus, als Japan einfuhrte.

Seit 1934 war man übrigens bemüht, die Einfuhr durch Rationierungsmaßnahmen zu beschränken. Die Beschränkungen machten dabei auch vor der Ausfuhr von Gummireifen, auf die immer ein

Einfuhr und Ausfuhr Japans von Kautschuk
in t

	1936	1937	1938	1939
Einfuhr Japans	63 890	63 760	47 000	43 030
Ausfuhr				
Indochina	41 310	45 140	58 020	69 060
Thailand	32 040	28 340	37 060	40 450

beträchtlicher Teil des japanischen Gummiverbrauchs entfallen war (im Durchschnitt entfielen rd. 40 v.H. des Gesamtverbrauchs von Gummi auf die Herstellung von Gummireifen), nicht halt. Immerhin wurde noch bis 1938 ein sehr wesentlicher Teil der Gummireifenerzeugung ausgeführt.

Im übrigen dürfte die synthetische Gummigewinnung, die bisher in Japan noch sehr in den Anfängen steht, ausbaufähig sein. 1938 wurden erst 100 t synthetischen Gummis hergestellt. Im gleichen Jahr wurden dabei aber 15000 t an regeneriertem Gummi gewonnen.

War somit Japans Gummiversorgung schon vor Beginn des pazifischen Krieges durch die indochinesische Produktion voll gesichert, so haben die bisherigen militärischen Erfolge die Lage weiterhin vollkommen zu Gunsten Japans umgekehrt. Die Eroberung der Malayen-Halbinsel brachte die Produktion des wichtigsten Gummilandes der Welt unter japanische Kontrolle. 1940 führte Britisch-Malaya rd. 553000 t Gummi aus.

* * *

Mit der Durchbrechung jenes britisch-amerikanischen Blockaderinges, der mit seinen militärischen Hauptbastionen Pearl Harbour, den Philippinen, Hongkong und Singapur die Japaner von den Reichtümern des Südpazifiks abschneiden sollte, ist es Japan nun endlich gelungen, die angelsächsischen Pläne in ihr Gegenteil zu verkehren: Mit wirtschaftlichen Maßnahmen wollten die Angelsachsen ihren politisch-militärischen Vernichtungsgedanken gegenüber Japan verwirklichen — Japan dagegen ist jetzt auf der ganzen Linie dabei, seine militärische Kraft auch in wirtschaftliche umzusetzen.

Die Mobilisierung der industriellen Produktionskräfte in den Niederlanden, in Belgien und Frankreich*)

Die von Deutschland im Westfeldzug des Jahres 1940 bezwungenen Länder Holland, Belgien und Frankreich stellen ein außerordentlich wertvolles Aktivum des festländischen Europas in seinem Kampf gegen die angelsächsische und bolschewistische Welt dar. Übertreffen sie doch mit einer Wohnbevölkerung von insgesamt rd. 57 Millionen und einem Gebietsumfang von rd. 600 000 qkm¹⁾ die britische Insel, die einschließlich Nordirlands rd. 47 Mill. Einwohner zählt und knapp 250 000 qkm groß ist, um ein Beträchtliches. Die industrielle Stärke dieser drei Länder, in denen sich einige der wichtigsten Industriegebiete Europas befinden, wird durch die Zahl von über 10 Millionen in Industrie und Bergbau tätigen Personen (gegen rd. 9 Millionen in Großbritannien und Nordirland) veranschaulicht.

Die Fehler der Vergangenheit

Die Wirtschaftskraft dieser Gebiete aber ist bisher, besonders während des letzten Jahrzehntes vor dem jetzigen Kriege, nicht voll in Erscheinung getreten, da es die früheren Regierungen dieser Länder nicht verstanden hatten, die vorhandenen Möglichkeiten voll zu nutzen.

Besonders zurückgeblieben in der industriellen Entwicklung sind Frankreich und Holland. Man bezeichnet *Frankreich* im allgemeinen als Industrieland, doch ist seine Wirtschaft nie wirklich „durch-industrialisiert“ worden wie die deutsche oder die englische, obwohl die Voraussetzungen dafür zumindest nach dem Weltkriege sehr günstig waren. Der Gewinn der lothringischen Bergbau- und Hüttenindustrie, der elsässischen Textilindustrie sowie zeitweilig auch der Saarkohlengruben und der Wiederaufbau einer modernen Industrie in den im Weltkrieg zerstörten Nordgebieten, der zum großen Teil mit deutschen Reparationsleistungen erfolgte, hatten zwar den industriellen Sektor innerhalb der französischen Volkswirtschaft stark vergrößert. Der Prozeß der weiteren Industrialisierung kam jedoch mit der großen Krise zum Stillstand. Die Ursachen dafür lagen vor allem in der Geisteshaltung der Franzosen, die mehr zum Mittel- und Kleingewerbe als zur Großindustrie hinneigen, und in der stagnierenden Be-

völkerungszahl Frankreichs, bei welcher der Aufbau einer bedeutenden Industrienur durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte möglich gewesen wäre. So ergab sich das merkwürdige Bild, daß Frankreich nicht einmal mit dem vorhandenen Industriemittel etwas Rechtes anzufangen wußte. Z. B. waren von den insgesamt vorhandenen 207 Hochöfen in der Zeit nach dem Weltkriege selbst während der Hochkonjunkturjahre nie mehr als 158 in Betrieb gewesen. Ein anderes bezeichnendes Symptom ist, daß es in Frankreich nicht gelang, eine leistungsfähige Maschinenindustrie aufzubauen. Frankreich hatte daher ständig einen großen Einfuhrüberschuß an Maschinen, in den letzten Jahren vor dem Kriege in einer Höhe von jährlich rd. 600 Mill. Fr.

Ähnlich lagen die Dinge in *Holland*. Hier verhinderte die in erster Linie auf den Handel ausgerichtete Tätigkeit der Holländer, daß das Land jemals wirklich in die Reihe der Industriestaaten eintrat. Die schwerindustrielle Basis fehlte fast gänzlich, obwohl die Standortbedingungen für Hüttenwerke an der Nordseeküste in bezug auf die Versorgung mit ausländischen Erzen und heimischer oder ausländischer Kohle vorzüglich waren, wie das geglückte Experiment der Hochöfenwerke von Ijmuiden bewiesen hat; im übrigen war auch in wichtigen anderen Industriezweigen wie Textilindustrie, Papierindustrie, Industrie der Steine und Erden die Auslandsabhängigkeit sehr stark.

Zu diesen im Volkscharakter begründeten Schwächen der industriellen Entwicklung kam dann im letzten Jahrzehnt vor dem jetzigen Kriege eine völlig verfehlte Wirtschaftspolitik, die eine außerordentliche Verlängerung der Wirtschaftskrise in den genannten Ländern zur Folge hatte. Die westeuropäischen Länder konnten sich bekanntlich weder entschließen, rechtzeitig die angelsächsische Politik der Währungsabwertung noch die deutsche Politik der Binnenmarktbelebung durch öffentliche Aufträge und Kreditausweitung bei gleichzeitiger straffer Devisenbewirtschaftung nachzuahmen. Sie versuchten vielmehr längere Zeit, durch eine Politik der Deflation den ungünstigen Auswirkungen der internationalen Währungsabwertungen auf ihre Wirtschaftslage zu begegnen, und verschärften damit ihre Wirtschaftskrise noch erheblich. Als sie sich dann endlich (1936, bzw. *Belgien* 1935) doch zur Währungsabwertung entschlossen, zeigte es sich, daß diese

*) Der Aufsatz soll in einer der nächsten Nummern des „Wochenberichts“ fortgesetzt werden. Die Fortsetzung wird vor allem die Lage der einzelnen Industrien in den besetzten Gebieten und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit behandeln.

¹⁾ Ohne die ins Reich zurückgegliederten Gebiete: Eupen, Malmedy und Moresnet, Luxemburg, Elsaß und Lothringen.

Maßnahme keineswegs ausreichte, einen stärkeren Aufschwung auszulösen, vor allem weil sie nirgendwo mit einer wirklich großzügigen Politik öffentlicher Arbeiten verbunden wurde. Hinzu kam noch, daß in Frankreich schwere soziale Kämpfe ausbrachen, die zeitweise auch auf Belgien übergriffen. Übersteigerte Lohnerhöhungen und vor allem soziale Experimente wie die Verkürzung der Arbeitszeit brachten die französische Wirtschaft in die größte Bedrängnis. Bei Ausbruch des Krieges waren zwar die schlimmsten Störungen beseitigt, und die eigene sowie die internationale Aufrüstung hatte in allen drei Ländern zu einer gewissen Belebung geführt. Die Auswirkungen der großen Krise waren jedoch immer noch nicht ganz überwunden. Das Volumen der industriellen Produktion war im Sommer 1939 in Frankreich noch um 12 v. H., in Belgien sogar um 30 v. H. und in den Niederlanden um etwa 15 v. H. niedriger als der jeweils in den Jahren 1928/30 erreichte Höchststand. Die Arbeitslosigkeit war infolgedessen bei Kriegsausbruch überall in diesen Ländern noch recht beträchtlich, zumal in Holland und Belgien die Bevölkerung im vergangenen Jahrzehnt nicht unerheblich gewachsen war. Die Zahl der statistisch erfaßten Vollarbeitslosen belief sich Ende August 1939 in Frankreich auf 303 000, in Belgien auf 176 000 und in Holland auf 191 000.

Die außerordentlich langwierige Depression in den westeuropäischen Ländern hatte auch nachteilige Auswirkungen auf die gesamte weltwirtschaftliche Lage. Diese Länder fielen als Rohstoffkäufer in Übersee aus, hemmten also die Erholung der überseeischen Länder, und beeinträchtigten infolge ihrer verminderten Aufnahmefähigkeit an Industrieerzeugnissen auch den Aufschwung in Mitteleuropa. Schließlich wurde aber ihre geschwächte Wirtschaftskraft auch zu einer der Ursachen für ihren raschen militärischen Zusammenbruch.

Die jetzigen Ziele

Die Mobilisierung der industriellen Produktionskräfte Westeuropas, die jetzt von der deutschen Verwaltung der besetzten Gebiete in Zusammenarbeit mit den holländischen und belgischen Behörden und der französischen Regierung betrieben wird, hat natürlich in erster Linie den Zweck, die wehrwirtschaftliche Kraft des Reiches und des ganzen festländischen Europas im Kampfe gegen die angelsächsisch-bolschewistische Koalition zu steigern. Dies dient aber zugleich auch der Wirtschaft dieser Länder selbst. Die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten wird dadurch beseitigt, die Produktion neuer Roh- und Werkstoffe wird gefördert, und die westeuropäische Industrie wird ausgerichtet auf die Möglichkeiten und Bedürf-

nisse der gesamteuropäischen Großraumwirtschaft. All dies bedeutet zugleich schon eine Vorbereitung auf die künftige Friedenswirtschaft; denn zur Umstellung auf neue Rohstoffe sind die westeuropäischen Länder nicht nur jetzt wegen ihrer Abschnürung von Übersee gezwungen, sondern sie werden infolge der tiefgreifenden Wandlungen in der Struktur ihrer Zahlungsbilanzen auch nach dem Kriege diese Politik fortsetzen müssen. Die westeuropäischen Länder haben nämlich die Verfügung über ihre Goldbestände, die sich bei Kriegsausbruch größtenteils im Ausland befanden, sowie ihre Devisenbestände und ihre langfristigen Auslandsanlagen fast vollständig verloren, und es ist äußerst fraglich, ob sie sie jemals wiedererlangen werden, zumal es England verstanden hat, auf dem Wege über die in London befindlichen Emigranten-Regierungen sich in den Besitz eines großen Teils dieser Werte zu setzen und sie für seine Kriegführung zu verwenden. Die westeuropäischen Länder werden sich also nach dem Kriege nicht mehr hohe, laufende Einfuhrüberschüsse leisten können, da ihnen die Zinseinnahmen fehlen werden, mit denen sie sie früher bestritten haben, und selbst ein zeitweiliges Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr wird infolge der Zusammenschrumpfung ihrer Gold- und Devisenreserven in größerem Umfang nicht mehr möglich sein. Die westeuropäischen Länder sind ferner eines großen Teils ihres Kolonialbesitzes verlustig gegangen, und es ist ebenfalls ungewiß, was sie davon einmal wiedererlangen werden. Die Möglichkeiten des Rohstoffbezuges im eigenen Währungsbereich, die der Besitz von Kolonien gewährt, sind dadurch ebenfalls außerordentlich beschränkt worden. Infolge der ungeheueren Verarmung, in die sie sich durch diesen Krieg gebracht haben, werden also die westeuropäischen Länder nach Kriegsende nicht mehr in der Lage sein, im früheren Umfang Rohstoffe in Übersee zu kaufen. In derselben Richtung wirkt die Industrialisierung in Übersee, die ebenso wie im Weltkriege durch diesen Krieg einen weiteren starken Auftrieb erfahren wird. Alle diese Tatsachen, deren man sich in den westeuropäischen Ländern erst allmählich bewußt wird, zeigen, wie sehr die Zusammenarbeit mit Deutschland für diese Länder eine Notwendigkeit ist. Sie ist nicht nur durch den deutschen Sieg erzwungen, sondern liegt auch in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse.

Die Eingliederung in die europäische Großraumwirtschaft kann ihrer Wirtschaft den nötigen Rückhalt geben, und durch die Zusammenarbeit mit Deutschland können sie sich die Erfahrungen sichern, die Deutschland bei seiner Autarkiepolitik in den letzten Jahren gesammelt hat und deren sie zur Umstellung ihrer ganzen Wirtschaft

und besonders zum Ausbau ihres Industrieapparats notwendig bedürfen.

Der Wiederaufbau

Bevor man sich jedoch diesen neuen Aufgaben widmen konnte, mußten zunächst die schlimmsten Kriegsschäden beseitigt werden. Vor allem mußten die *Verkehrsmittel* wiederhergestellt werden, ohne deren Funktionieren eine geregelte Wirtschaftstätigkeit gar nicht denkbar ist. Die Wiederaufbauleistungen, die von den deutschen Organisationen in Verbindung mit den Behörden der besetzten Gebiete zumeist in ziemlich kurzer Zeit vollbracht wurden, sind ganz erstaunlich.

Eisenbahnen

In Holland, wo die Kampfhandlungen nur 5 Tage gedauert hatten, waren die Schäden nicht sehr schwer. Bis Ende Juli 1940 war praktisch das gesamte Streckennetz wieder befahrbar geworden.

In Belgien waren die Schäden wesentlich schwerer. Im ganzen waren etwa 340 Eisenbahnbrücken und -tunnels, 580 Bahnhöfe und 80 Schaltwerke zerstört oder beschädigt worden. Dennoch ging auch hier der Aufbau rasch vonstatten. Von dem Streckennetz von 5070 km waren bereits wieder gebrauchsfähig:

am 1. 9. 1940 3 655 km = 72 v. H.

„ 1. 10. 1940 4 185 „ = 83 „

„ 1. 11. 1940 4 680 „ = 92 „

In Frankreich betrug die Zahl der zerstörten Eisenbahnbrücken, Unter- und Überführungen 582. Davon sind bis Ende 1941 rd. 550 endgültig oder vorläufig wiederhergestellt worden. Dazu kam noch die Wiederherstellung der Schienenwege und mehrerer tausend Kilometer Telefonleitungen.

Straßen

An Straßenbrücken waren in Belgien etwa 1800, in Frankreich 2532 (darunter 632 mit einer Reichweite über 40 m) zerstört worden. Von den französischen Brücken waren bis Ende 1941 1914 Brücken wieder aufgebaut worden. Ungefähr 75 v. H. dieser Brücken waren von den deutschen Organisationen oder mit ihrer Unterstützung wieder errichtet worden¹⁾. Auch die Wiederherstellung des Straßennetzes dürfte bis Ende 1941 überall im wesentlichen zum Abschluß gebracht worden sein.

Wasserwege

Die Wasserwege waren durch gesprengte Überführungen und Schleusen und versenkte Schiffe

¹⁾ Die Zahl der insgesamt zerstörten Eisenbahn- und Straßenbrücken, Tunnels, Über- und Unterführungen betrug in Belgien rd. 2100, in Frankreich 2751. Von den französischen Bauwerken waren bis Mai 1941 2068 wiederhergestellt worden.

unbrauchbar gemacht worden. In Holland waren von rd. 2 000 km staatlicher Wasserstraßen im Mai 1940 nur 200 km benutzbar. In vier Monaten waren aber bereits die Aufräumarbeiten beendet. Von insgesamt 19 280 Binnenschiffen (mit einer Ladefähigkeit von 3,8 Mill. t) waren etwa 1 400 Schiffe versenkt oder beschädigt worden, darunter jedoch nur knapp 100 so schwer, daß sie nicht mehr repariert werden konnten.

In Belgien waren 700 Brücken über Wasserstraßen zerstört worden. 1 600 Schiffe von insgesamt rd. 7 000 (mit einer Ladefähigkeit von 2,5 Mill. t) waren unbrauchbar gemacht worden. Die Aufräumarbeiten an den wichtigsten belgischen Wasserstraßen waren Ende 1940 abgeschlossen, die übrigen wurden im Juni 1941 wieder dem Verkehr übergeben.

In Frankreich waren folgende Bauwerke an Wasserstraßen zerstört worden: 920 Straßenbrücken, 160 Eisenbahnbrücken, 3 Kanalbrücken, 53 Treidelstege, 23 Schleusen. Von den 12 000 Schiffen (mit einer Ladefähigkeit von 4,2 Mill. t) waren etwa 3 000 unbrauchbar geworden. Bis Ende 1941 waren 1774 wieder gehoben und 874 vollkommen repariert; etwa 1 000 Schiffe waren nicht mehr reparaturfähig. Von dem gesamten Wasserstraßennetz von 9 700 km waren 5 200 km unbrauchbar geworden. Davon waren wieder hergestellt:

am 15. 11. 1940 3 600 km

„ 15. 2. 1941 4 300 „

Ende Mai 1941 5 000 „

Ende 1941 blieben nur noch einige besonders schwer wiederherzustellende Kanalstrecken unbenutzbar, bei welchen die Bauarbeiten längere Zeit dauern, deren Ausfall aber den Güterverkehr kaum beeinträchtigt.

Städteaufbau

Nächst der Wiederherstellung der Verkehrswege war der Wiederaufbau der *Städte* die dringlichste Aufgabe.

In Holland hatten außer Rotterdam nur eine Reihe von Kleinstädten (wie Rhenen, Scherpenzeel, Wageningen, Zevenbergen) schwere Schäden davon getragen. In Rotterdam wurden die Aufräumarbeiten bis zum Schluß des Jahres 1940 beendet. Ungeheure Leistungen mußten dabei vollbracht werden. 2½ bis 3 Mill. cbm Schutt, die eine Fläche von 270 ha bedeckten, mußten entfernt werden. 20 000 Arbeiter und 1 000 bis 2 000 Lastwagen waren beim Abtransport der Schuttmassen gleichzeitig eingesetzt. Wöchentlich wurden 200 000 t Schutt, Steine und Alteisen abtransportiert. Der Schutt wurde teils in die tiefen Stellen der Maas gesenkt, zum Teil aber auch in Binnenschiffen zur Zuidersee gefahren und dort für den Deichbau verwendet. Anfang 1941 wurde dann mit dem Wiederaufbau Rotterdams be-

gohhen. Man rechnet mit einer Bauzeit von insgesamt 15 Jahren. In ganz Holland sind etwa 30000 Wohnungen zerstört worden, davon in Rotterdam allein 26 000. Das Wiederaufbauprogramm sah für 1941 den Neubau von 8 400 Wohnungen vor, jedoch ist diese Zahl wohl nicht erreicht worden.

In Belgien waren die Kriegsschäden in den Städten sehr beträchtlich. Nur 123 unter den 2 629 belgischen Gemeinden haben überhaupt keine Beschädigungen erlitten. In den Großstädten sind jedoch die Schäden meist gering. Mittelstädte wie Löwen, Nivelles, Ostende und Tournai haben am meisten gelitten. Besonders mitgenommen sind die Provinzen Westflandern, Hennegau und Brabant. Die Zahl der beschädigten Gebäude wird wie folgt angegeben:

	ganz zerstört	schwer beschädigt	leicht beschädigt
Wohnhäuser	10 000	25 000	116 700
Fabriken	360	850	1 700
Öffentliche Gebäude	235	950	1 900

Die Zeit, die für den gesamten Wiederaufbau notwendig sein wird, schätzt der belgische Generalkommissar für Wiederaufbau auf 3 Jahre, sofern keine unvorhergesehenen Störungen auftreten, während der Wiederaufbau nach dem Weltkriege 8 Jahre in Anspruch genommen hatte. Die Aufräumungsarbeiten dürften jetzt überall beendet und der Neubau in Angriff genommen sein.

In Frankreich sind im ganzen rd. 70 000 Gebäude völlig zerstört und über 200 000 schwer beschädigt worden. Im ganzen sind 5 731 Gemeinden beschädigt worden, davon aber nur 191 zu mehr als der Hälfte¹⁾. Besonders groß sind die Schäden in den Departements Nord, Somme, Pas de Calais, Oise, Marne und Seine-Inférieure. Amiens, Orléans, Rouen und Dünkirchen sind die am stärksten beschädigten Städte. Im Frühjahr 1941 waren die Aufräumungsarbeiten fast beendet. Überall waren

Wiederaufbauausschüsse eingesetzt worden, und die Pläne für den Wiederaufbau von 163 Städten und Ortschaften waren abgeschlossen. Der Wiederaufbau konnte beginnen. Ende 1941 waren von rd. 8 Mill. cbm als abbruchreif festgestellten Bauten 6½ Mill. cbm niedergelegt worden. 80 000 Wohngebäude konnten bereits soweit notdürftig ausgebessert werden, daß sie jetzt wieder bewohnbar sind.

Die rege Bautätigkeit geht auch aus der untenstehenden Übersicht über die Baugenehmigungen hervor.

Volkswirtschaftliche Neuinvestitionen und deutsche Aufträge

Neben dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Anlagen wurden aber auch die vor dem Kriege begonnenen öffentlichen Arbeiten wieder aufgenommen und darüber hinaus neue umfangreiche Arbeitsprogramme aufgestellt und in Angriff genommen. Das Ziel all dieser großen Bauvorhaben ist die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Erschließung brachliegender Produktionskräfte.

In Holland wurden die Arbeiten zur Landgewinnung an der Zuidersee erfolgreich fortgesetzt. Die Eindeichung des Nordost-Polders wurde im Dezember 1940 abgeschlossen und seine Trockenlegung im Laufe des Jahres 1941 beendet. Im kommenden Frühjahr werden die ersten Landstücke dieses 48 000 ha großen Neulandgebietes an die Bauern verteilt werden. Ferner wurde im Sommer 1941 auch die Eindeichung des Südost-Polders begonnen. Durch die Trockenlegung der Zuidersee werden nach Beendigung aller Arbeiten insgesamt 220 000 ha neues Land gewonnen werden:

Nordwest-Polder (Wieringermeer-Polder) 20 000 ha 1930 beendet
Nordost-Polder 48 000 „ Dez. 1940
Eindeichung beendet,
Herbst 1941
trockengelegt

Südwest-Polder (Marken-Polder) 56 000 „ Sommer
1941 Eindeichung
begonnen
Südost-Polder 96 000 „ Noch nicht
begonnen

Insgesamt 220 000 ha

Sonstige größere Arbeitsvorhaben sind der Bau des großen Maastunnels bei Rotterdam, der jetzt fertiggestellt ist, der Ausbau des Straßennetzes, der Häfen und der Kanäle, kleinere Eindeichungen an der Nordseeküste und landwirtschaftliche Meliorationen. Der Niederländische Aufbaudienst nimmt Bodenuntersuchungen vor, insbesondere

Baugenehmigungen in Belgien und Frankreich

Zeit	Belgien				Frankreich			
	1938	1939	1940	1941	1938	1939	1940	1941
	Anzahl				1 000 cbm			
Januar . . .	1 513	1 456	231	479	529,8	826,4	179,3	620,0
Februar . .	2 086	1 870	247	536	563,7	1 051,8	232,2	394,4
März . . .	2 707	2 468	477	968	746,0	1 231,8	339,8	705,4
April . . .	2 731	1 907	607	1 114	852,0	1 067,4	478,0	682,2
Mai . . .	2 521	1 832	174	1 087	779,6	1 083,2	212,0	527,3
Juni . . .	2 450	1 854	106	984	788,0	1 599,3	76,4	568,4
Juli . . .	2 134	1 662	159	879	756,7	1 446,0	60,3	409,0
August . .	2 195	1 555	241	810	761,2	946,1	203,3	404,9
September	2 013	611	405	954	556,2	400,2	289,4	454,3
Oktober .	1 590	462	570	.	601,5	157,8	469,4	457,7
November	1 605	325	492	.	672,4	159,9	456,8	.
Dezember	1 436	316	591	.	862,4	262,3	740,6	.

¹⁾ Im Weltkrieg 1914/18 waren 364 000 Gebäude ganz und 559 000 teilweise zerstört worden; 625 Gemeinden waren ganz, 1385 zu mehr als die Hälfte vernichtet worden.

der Phosphoritlager in Twente, der Vorkommen an Bleicherde, Glassand, Formsand und Braunkohle.

In Belgien sind große städtebauliche Arbeiten im Gange wie der Abbruch der alten Festungsanlagen in Antwerpen, die Herstellung einer unterirdischen Verbindung zwischen dem Nord- und dem Südbahnhof in Brüssel u. a. Ferner wurde mit dem Bau neuer Autostraßen begonnen. Die Wasserversorgung des flachen Landes wird durch den Ausbau von Wasserleitungen verbessert. Durch große Meliorationsarbeiten sollen 100 000 ha Heide- und Mooregebiete im Hennegau und bei Brüssel urbar gemacht werden.

In Frankreich hat die Regierung im September 1940 ein großes Fünf-Jahres-Programm bekannt gegeben, das Arbeiten mit einem Kostenaufwand von über 25 Mrd. Fr. (davon 5,5 Mrd. Fr. für den Wiederaufbau und über 18 Mrd. Fr. für Neuinvestitionen) vorsieht. Die Neuinvestitionen betreffen: die weitere Elektrifizierung der französischen Eisenbahnen (vor allem der Strecke Paris—Marseille und der noch nicht elektrifizierten Teilstücke der Strecken Paris—Toulouse und Bordeaux—Nîmes), damit im Zusammenhang den Ausbau der Wasserkraftwerke in den Alpen und in den Pyrenäen, ferner Verbesserung der Wasserstraßen (in erster Linie der Seine und der Kanäle von Paris nach Nordfrankreich), Ausbau der Häfen, Verbreiterung von Straßen, Beseitigung von Niveauübergängen an den Eisenbahnen. Zu diesem staatlichen Programm kommen noch bedeutende Arbeitsprogramme der Städte und Departements.

Im Mai 1941 wurde sodann ein großer Zehn-Jahres-Plan bekanntgegeben, der am 1. Januar 1942 in Kraft treten und alle bisherigen Arbeitsprogramme zusammenfassen soll. Als eins der hauptsächlichsten Ziele des Planes wird angegeben, daß *Frankreich dadurch der wichtigste Nahrungsmittellieferant Europas werden und Europa von den amerikanischen Zufuhren unabhängig machen soll*. Aber auch die Autarkisierung der französischen Wirtschaft auf wichtigen Gebieten der Industrieproduktion ist das Ziel dieses Planes. Er sieht in der Hauptsache folgende Arbeiten vor:

1. Arbeiten der Bodenkultur: Urbarmachung und Meliorationen vor allem in den Landschaften Crau, Sologne und Vendée, an der unteren Loire sowie in der Pariser Region. Z. B. sollen allein in der Sologne 530 000 ha Boden- und Wasserfläche verbessert werden, 150 000 ha davon sollen aufgeforstet werden, 1 500 ha Flußläufe, 2 250 km Gräben- und Kanalsysteme, 3 000 bis 5 000 ha Seengebiete sollen reguliert werden, die Fischzucht soll entwickelt werden, es sollen landwirtschaftliche Versuchsanstalten geschaffen und insbesondere der Schafbestand erhöht werden.

2. In ganz Frankreich soll der Obst- und Gemüsebau durch Schaffung von genossenschaftlichen Konsumfabriken und Kühlanlagen ausgedehnt werden. Ferner soll der Anbau von Textilpflanzen und Ölfrüchten entwickelt werden.

3. Die Produktion von synthetischen und Ersatztreibstoffen soll gesteigert werden.

4. Beseitigung der Elendsviertel in den Städten und Schaffung von Arbeiterwohnkolonien.

5. Ausdehnung und Verbesserung des Verkehrsnetzes (Kanäle, Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Flugplätze).

6. Ausbau der Elektrizitätserzeugung, besonders der Wasserkräfte und der Gezeitenkräfte.

7. Bau von öffentlichen Gebäuden und Anlagen für die Allgemeinheit.

Der Zehn-Jahres-Plan schließt auch das *französische Kolonialreich* mit ein. Das Ziel ist hier die Verbreiterung der Rohstoffgrundlage des Mutterlandes. Die Bodenschätze, vor allem die Nichteisenerze Nordafrikas, sollen in stärkerem Umfange erschlossen werden. Der Anbau von Ölfrüchten in Nordafrika und von Baumwolle und anderen Textilfasern in Westafrika (besonders im Niger-Bogen) wird stark gefördert, und die Viehzucht in Westafrika soll intensiviert werden. Zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach Westafrika wurde im Frühjahr 1941 der Bau der Trans-Sahara-Bahn begonnen, die von Süd-Algerien ausgehend, den Niger-Bogen erreichen soll. Das erste Teilstück dieser Bahn, durch das die südalgerischen Kohlengruben mit der Mittelmeerküste verbunden werden, wurde im Dezember 1941 eröffnet. Für den Bau der ganzen Bahn rechnet man mit einer Dauer von etwa vier bis fünf Jahren.

Zu diesen großen zivilen Arbeitsvorhaben kommen schließlich noch die umfangreichen *militärischen Bauten* (Befestigungsanlagen, Ausbau der Häfen, Flugplätze usw.) an der gesamten Nordsee-, Kanal- und Atlantikküste, die von der *deutschen Wehrmacht* unmittelbar nach der Besetzung dieser Gebiete begonnen wurden und die immer weiter vervollkommen werden.

Die Mitwirkung der westeuropäischen Länder an der deutschen Kriegsproduktion vollzieht sich nur zu einem kleinen Teil in der Form der Entsendung von Arbeitern nach Deutschland — wenn man von den in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen absieht. Zum größten Teil wurden vielmehr diese Länder in der Form in die gesamteuropäische Kriegswirtschaft eingeschaltet, daß ihre Industrie die Ausführung *deutscher Aufträge* übernahm. Die deutschen Aufträge erreichten in kurzer Zeit einen sehr beträchtlichen Umfang.

Die organisatorischen Aufgaben

Um die Industrien der Westgebiete in die deutsche und gesamteuropäische Kriegswirtschaft einzuschalten, um eine fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen den deutschen Unternehmungen und den Werken dieser Länder herbeizuführen und diesen die Umstellung auf die neuen Erfordernisse zu erleichtern und ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, mußten zunächst bestimmte organisatorische Aufgaben bewältigt werden. Die Wirtschaft dieser Länder war ja im wesentlichen noch nach liberalistischen Grundsätzen aufgebaut, wenn auch gewisse wirtschaftliche Selbstverwaltungsorgane vorhanden waren und der Krieg die ersten Ansätze staatlicher Lenkungsbehörden gebracht hatte.

Es mußten also einmal an Stelle der wahllos entstandenen privaten Unternehmerverbände *Berufsorganisationen* errichtet werden, die nach einem Gesamtplan alle Unternehmungen eines bestimmten Wirtschaftszweiges umfassen. Dies sind die „Comités d'organisation“ Frankreichs, die „Syndicats“ Belgiens und die holländischen „Bedrijfsorganisaties“, die im Herbst 1940 und im Winter 1940/41 überall entstanden. Durch diese Organisationen wurde es vielfach überhaupt erst möglich, genaue Angaben über die Produktion und die Kapazität vieler Industriezweige dieser Länder zu erhalten. Außerdem war nun die Möglichkeit gegeben, über die deutschen Wirtschafts- und Fachgruppen mit den entsprechenden deutschen Industrien in Verbindung zu treten, technische und organisatorische Erfahrungen auszutauschen und Produktions- und Absatzvereinbarungen zu treffen, was in zahlreichen Zusammenkünften zwischen den Vertretern der Industrie dieser Gebiete und der deutschen geschehen ist.

Daneben mußte ferner eine staatliche Organisation der *Rohstoffbewirtschaftung* aufgebaut werden, da sich diese Länder, seitdem die britische Blockade auf sie ausgedehnt wurde, ebenfalls vor das Problem der Rohstoffknappheit gestellt sahen, und da ferner Deutschland sich die Beschlagnahme wehrwirtschaftlich wichtiger Rohstoffvorräte vorbehalten mußte. Die Organisation der Rohstoffbewirtschaftung konnte vor allem in Holland und

Frankreich Einrichtungen übernehmen, die seit Kriegsausbruch geschaffen worden waren; das meiste mußte aber auch hier von Grund auf neu aufgebaut werden. So entstanden entsprechend den deutschen Reichsstellen für die wichtigsten Gruppen von Rohstoffen und Halbfabrikaten in Frankreich die „Répartiteurs“, in Belgien die „Offices Centraux“ und in Holland die „Rijksbureaux“. Auch hier war wieder die Anlehnung an das deutsche Organisationsschema von großem Nutzen für die Behandlung aller Fragen, die sich aus der gemeinsamen Bewirtschaftung der zur Verfügung stehenden Rohstoffe ergaben.

Sodann mußten für die Vergebung und Abwicklung der *deutschen Aufträge* noch Hilfsorganisationen geschaffen werden, soweit die Berufsverbände und die Rohstoffbewirtschaftungsstellen dafür nicht ausreichten. So wurden Zentralauftragsstellen in Paris, Brüssel und den Haag errichtet. Auf besonders wichtigen Gebieten, wie z. B. bei der französischen Metallindustrie, wurden gemischte ständige Ausschüsse aus Vertretern beider Länder eingesetzt, die sich mit den technischen Fragen der Auftragsvergebung (Lieferungsbedingungen, Preise, Produktionsmöglichkeiten u. ä.) zu beschäftigen haben. Dem Ziel der Auftragsvermittlung dienten ferner zahlreiche deutsche technische Ausstellungen in den besetzten Gebieten, auf denen — wohl zum ersten Male in der Geschichte des Ausstellungswesens — nicht etwa für den Absatz von Produkten geworben wurde, sondern mit deren Hilfe die Unternehmer dieser Länder auf Liefermöglichkeiten an die deutschen Firmen aufmerksam gemacht und ihnen Anregungen für die Umstellung ihrer Produktion gegeben werden sollen.

All diese organisatorischen Leistungen wurden in kurzer Zeit vollbracht und der Aufbau der neuen Organisationen ist jetzt in der Hauptsache überall abgeschlossen¹⁾.

¹⁾ Größere Umorganisationen wurden jedoch im Laufe des Jahres 1941 noch an den französischen „Comités d'organisation“ vorgenommen, da die französische Regierung von ihnen eine Stärkung der Macht der „Trusts“ befürchtete und überhaupt wohl mehr einen ständischen Aufbau ähnlich den faschistischen Korporationen als eine reine Betriebsorganisation wie die deutsche anstrebt.

1. Beilage zum Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung)												Wochenzahlen					
15. Jahrgang		Berlin, den 3. März 1942								Nummer 8/4		16. 2. bis 21. 2. 1942					
Gegenstand	Einheit	Vorjahr								Gegenwart							
		31. Dez. 1940 bis 4. Jan. 1941	6.-11. Jan. 1941	13.-18. Jan. 1941	20.-25. Jan. 1941	27. Jan. bis 1. Febr. 1941	3.-8. Febr. 1941	10.-15. Febr. 1941	17.-22. Febr. 1941	29. Dez. 1941 bis 3. Jan. 1942	5.-10. Jan. 1942	12.-17. Jan. 1942	19.-24. Jan. 1942	26.-31. Jan. 1942	2.-7. Febr. 1942	9.-14. Febr. 1942	16.-21. Febr. 1942
		1	2	3	4	5	6	7	8	1	2	3	4	5	6	7	8
Woche:																	
Geschäftsgang (Indexziffer)																	
Deutschland ¹⁾	1936=100	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Großbritannien ²⁾	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ver. Staaten von Amerika ³⁾	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Produktion, arbeitstäglich																	
Steinkohle im Ruhrrevier	1 000 t	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
— in Deutsch-Oberschlesien	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kokserzeugung im Ruhrrevier ..	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Steinkohle, Großbritannien ⁴⁾	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verkehr, arbeitstäglich																	
Wagenstellung der Reichsbahn ..	1 000	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Reichsbank																	
Kapitalanlagen	Mill. RM	15846	14900	14252	13924	14908	14791	14539	14211	22078	22107	20277	20382	21351	20970	20817	20424
darunter:																	
Wechsel- und Lombardkredite ..	"	15457	14509	13865	13540	14532	14414	14162	13837	21687	20712	19863	19961	20912	20590	20382	19989
Deckungsfähige Wertpapiere	"	32	26	26	35	28	25	25	22	107	113	131	133	151	152	147	147
Depositen (täglich fällige Verbindlichkeiten)	"	2561	1934	1910	1832	1726	1818	1892	1905	3649	2586	2432	2479	2417	2507	2523	2408
Zahlungsverkehr																	
Geldumlauf	Mill. RM	14033	13575	13147	12865	13694	13491	13275	13036	19325	18687	18186	17908	18987	18676	18516	18235
davon Reichsbanknoten	"	2645	3471	3095	2725	3424	2885	3077	2832	3226	3999	3795	2900	4216	3117	3358	3116
Postscheckverkehr ⁵⁾	"	1857	1869	1922	2016	1750	1731	1759	1929	2300	2234	2009	2035	2177	2170	2087	2186
Postscheckguthaben (Bestände) ⁶⁾ ..	"																
Zinssätze																	
Blankotagesgeld	% p. a.	1,95	1,85	1,67	1,63	1,71	1,73	1,63	1,50	2,13	1,90	2,00	1,92	1,83	1,85	1,73	1,63
Rendite der 4 1/2 %-Pfandbriefe ..	"	4,40	4,40	4,40	4,40	4,38	4,36	4,36	4,36	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35
Call money New York	"	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Privatdiskont London	"	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03	1,03
Zürich	"	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25
Amsterdam	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Effektenmarkt																	
Festverz. 4 1/2 %-Wertpapiere	v. H.	101,93	102,04	102,09	102,14	102,49	102,79	102,73	102,72	103,19	103,22	103,21	103,23	103,24	103,25	103,25	103,26
Kursniveau, gesamt ⁷⁾	"	102,28	102,35	102,39	102,40	102,81	103,22	103,14	103,15	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50
—, Pfandbriefe	"	101,15	101,33	101,44	101,58	101,81	101,89	101,87	101,83	102,67	102,77	102,78	102,84	102,93	102,98	103,02	103,02
—, Kommunal-Obligationen	"	101,23	101,46	101,49	101,63	101,81	101,87	101,83	101,79	102,32	102,36	102,30	102,35	102,26	102,28	102,22	102,31
—, Öffentliche Anleihen ⁸⁾	"	103,29	103,52	103,83	103,82	103,79	103,84	103,98	103,94	104,63	104,80	104,69	104,79	104,83	104,87	104,84	104,79
5% Industrie-Obligationen	"	102,75	103,05	103,29	103,38	103,35	103,42	103,44	103,40	104,82	105,02	105,04	105,09	105,05	105,01	105,05	105,09
4 1/2% " "	"																
Aktienindex, gesamt	1924/26 = 100	141,3	143,2	144,4	142,9	143,6	144,9	145,8	144,7	149,3	150,4	151,2	152,4	153,0	153,6	154,0	155,0
—, Bergbau und Schwerindustrie ..	"	146,3	147,4	148,6	146,6	146,6	148,0	148,7	146,9	151,6	153,0	153,6	155,2	155,2	155,9	156,1	157,1
—, Verarbeitende Industrie	"	138,1	140,0	141,3	139,7	140,0	141,2	142,0	141,3	149,7	150,7	151,7	152,9	153,7	154,6	155,0	155,9
—, Handel und Verkehr	"	142,5	145,2	146,5	145,7	147,3	148,8	149,8	148,8	146,8	147,5	148,2	149,2	150,0	150,2	150,7	151,7
Aktienindex, Großbritannien ⁹⁾	1926=100	87,9	88,2	90,7	89,4	88,8	87,6	86,0	85,1	102,0	103,8	103,4	102,9	102,3	101,3	98,9	98,9
—, Ver. Staaten von Amerika ¹⁰⁾ ..	1935/36 = 100	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Devisenkurse in Berlin																	
New York	RM je \$	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000	2,5000
London	RM je £	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90	9,90
Paris	RM je 100 fr	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Warenpreise																	
Indexziffern																	
Beagible Waren ¹¹⁾	1913=100	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Großhandelspreise (gesamt)	"	*111,4	*111,4	*111,4	*111,4	*111,4	*111,6	*111,6	*111,6	.	113,7	113,7	113,7	113,7	.	.	.
Agrarstoffe	"	*111,2	*111,2	*111,2	*111,2	*111,2	*110,9	*110,9	*110,9	.	113,7	113,7	113,7	113,7	.	.	.
Indust. Rohstoffe u. Halbwaren ..	"	*99,6	*99,6	*99,6	*99,6	*99,6	*100,0	*100,0	*100,0	.	102,2	102,2	102,2	102,2	.	.	.
Fertigwaren	"	*132,4	*132,4	*132,4	*132,4	*132,4	*132,7	*132,7	*132,7	.	132,6	132,6	132,6	132,6	.	.	.
darunter: Produktionsgüter	"	*113,3	*113,3	*113,3	*113,3	*113,3	*113,3	*113,3	*113,3	.	113,5	113,5	113,5	113,5	.	.	.
Verbrauchsgüter	"	*146,8	*146,8	*146,8	*146,8	*146,8	*147,3	*147,3	*147,3	.	147,0	147,0	147,0	147,0	.	.	.
Großhandelsindex																	
Ver. St. v. Amerika (Fisher)	1926=100	.	.	.	86,1	85,7	85,4	85,4	85,9	.	.	.	.	.	.	.	.
Großbritannien ¹²⁾	1913=100	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Großhandelspreise	RM																
Boggen, märk., frei Berlin	je 100 kg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Rinder, Lebendgewicht, Berlin ..	je 50 kg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Rindschäute, süd-am. ¹³⁾ , Hamburg	je 1/2 kg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Maschinengußbruch, Düsseldorf ¹⁴⁾	je t	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Rohstoffpreise an den Weltmärkten¹⁵⁾																	
Rohstoffpreise, gesamt ¹⁶⁾	1929=100	63,8	64,5	64,5	64,6	65,1	65,1	65,2	65,6	88,3	89,3	90,1	91,0	91,9	90,9	90,9	91,1
9 Nahrungsmittel ¹⁷⁾	"	56,2	57,4	57,7	57,5	57,6	57,6	57,6	58,1	78,2	79,1	79,6	79,7	80,1	80,2	80,1	80,2
6 landw. erzeugte Rohstoffe ¹⁸⁾ ..	"	71,3	71,8	71,4	71,8	72,6	72,6	72,7	72,9	102,9	104,5	105,4	107,5	109,2	106,5	106,7	107,0
5 industr. erzeugte Rohstoffe ¹⁹⁾ ..	"	68,5	68,5	68,7	68,8	68,9	68,9	69,0	69,1	76,2	76,2	77,1	77,3	77,7	79,7	79,7	79,7

Gegenstand	Einheit ¹⁾	1940		1941												1942
		Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Anzahl der Werkstage:		25	24	26	24	26	24	26	24	27	26	26	27	25	25	27
Kreditverkehr																
Wechselproteste ²⁾	Anzahl in 1000	S	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Vergleichsverfahren ³⁾	1000 RM Anzahl	VS	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Konkursanträge ⁴⁾	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon mangels Masse abgelehnt ..	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Eröffnete Konkurse ⁵⁾	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Reichsbank																
Gold- und Devisenbestand	Mill. RM	E	78	78	77	77	78	78	78	78	77	77	77	77	77	77
Kapitalanlagen	"	"	14036	15846	14908	15693	15775	16187	16396	16740	17153	17730	18447	18838	19265	21351
darunter Wechselkredite ⁶⁾	"	"	13532	15419	14603	15284	15367	15644	15918	16258	16754	17306	18016	18456	18999	20884
„ Lombardforderungen	"	"	26	38	28	34	23	32	23	20	27	25	26	24	32	28
„ Deckungsfähige Wertpapiere ..	"	"	51	32	28	24	32	22	18	45	12	16	24	20	58	107
Depositen (tägl. fäll. Verbk.) ..	"	"	1706	2561	1726	1935	2127	2006	2012	2373	2243	2326	2511	2470	2498	2417
Notenumlauf	"	"	13198	14033	13694	13976	14188	14689	15210	15565	16031	16502	16918	17793	19325	18987
Geldumlauf insgesamt	Mill. RM	E	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Acht große Banken																
Sonstige Gläubiger ⁷⁾	RM Mill.	E	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Schuldner (ohne Bankendeblatoren) ..	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Wechselbestand	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Wertpapiere	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Barliquidität	} in v. H. der Verpflichtung	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Liquidität zweiten Grades		"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Reichsfinanzen																
Steuereinnahmen ⁸⁾	Mill. RM	VS	.	6987	.	6816	.	.	.	7176	.	8606	.	.	8082	.
Reichsschuld (ohne Neubestand) ..	"	E	73318	75777	79474	82848	85935	89699	94481	97458	102180	107535	110754	115482	120892	.
Sparkassen⁹⁾																
Stand der Spareinlagen	Mill. RM	E	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Einzahlungsüberschuß	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Giroeinlagen ¹⁰⁾	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Emissionen																
Aktien (Kurswert) ¹¹⁾	Mill. RM	S	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Festverzinsl. Wertpapiere (nom.) ¹²⁾	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Zinssätze																
Reichsbankdiskont	% p. a.	.	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Debitzinsen ¹³⁾	"	.	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00
Kreditzinsen ¹⁴⁾	"	"	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Blankotagesgeld	"	D	1,93	1,95	1,73	1,68	1,83	1,67	1,78	1,93	1,63	1,73	1,94	1,76	1,75	1,98
Privatdiskont	"	"	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13
Warenwechsel mit Bank giro ¹⁵⁾ ..	"	"	2,60	2,64	2,57	2,66	2,58	2,71	2,66	2,63	2,45	2,37	2,54	2,38	2,47	2,53
Spareinlagen, normale	"	"	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
„ m. 1jähr. Kündigungsfrist ..	"	"	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25	3,25
Rendite der 4 1/2% Pfandbriefe ..	"	"	4,41	4,43	4,39	4,36	4,36	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35	4,35
Aktienrendite ¹⁶⁾	"	"	3,83	3,80	3,73	3,75	3,87	3,77	3,64	3,50	3,51	3,39	3,60	.	.	.
Aktienindex																
Gesamt	1924/26 = 100	D	139,2	139,6	143,3	145,0	142,9	142,8	145,2	150,6	155,5	157,0	159,6	149,5	148,7	151,6
Bergbau und Schwerindustrie ..	"	"	144,3	144,9	147,0	147,6	144,7	144,7	147,1	154,1	160,6	161,7	164,8	152,1	151,1	154,1
Verarbeitende Industrie	"	"	135,9	136,5	140,1	141,4	139,2	139,6	142,8	149,0	153,9	156,0	159,1	149,3	148,6	152,1
Handel und Verkehr	"	"	140,2	140,2	145,8	149,0	147,6	146,9	147,7	150,3	153,6	154,6	155,9	147,8	147,1	148,6
Rentenkurse (4 1/2% Werte)																
Kursniveau, gesamt ¹⁷⁾	v. H.	D	101,86	101,40	102,15	102,75	102,81	102,98	103,18	103,27	103,11	103,11	103,11	103,13	103,10	103,13
—, Pfandbriefe	"	"	102,14	101,66	102,45	103,18	103,29	103,44	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50	103,50
—, Kommunal-Obligationen	"	"	101,34	100,77	101,50	101,85	101,75	102,02	102,56	102,89	102,41	102,46	102,54	102,58	102,68	102,63
—, Öffentl. Anleihen ¹⁸⁾	"	"	101,18	100,95	101,55	101,83	101,86	101,95	102,39	102,61	102,07	101,95	101,89	101,93	101,65	101,83
5% Industrie-Obligationen	"	"	103,39	102,86	103,70	103,95	104,33	104,68	104,71	103,83	103,76	104,35	104,99	105,17	104,51	104,53
4 1/2% „	"	"	102,30	102,09	103,23	103,44	103,79	104,36	104,66	104,50	104,47	104,48	104,85	105,11	104,75	104,80
Arbeitsverdienste (Indexz.)¹⁹⁾																
Stundenverdienste, insgesamt ..	Dezember 1935 = 100	S	.	115,8	.	.	116,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Produktionsgüterherstellung ..	"	"	.	115,9	.	.	116,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verbrauchsgüterherstellung ..	"	"	.	114,5	.	.	116,7	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Wochenverdienste, insgesamt ..	"	"	.	123,9	.	.	125,4	.	.	.	.	.	.	.	.	.
davon	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Produktionsgüterherstellung ..	"	"	.	123,1	.	.	124,7	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verbrauchsgüterherstellung ..	"	"	.	123,6	.	.	129,1	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Warenpreise (Indexziffern)																
Reagible Waren ²⁰⁾	1913 = 100	D	110,8	110,9	111,4	111,6	111,7	111,9	112,2	112,4	112,4	112,8	112,5	112,2	112,4	113,1
Großhandelspreise (gesamt)	"	"	110,6	110,5	111,2	110,9	111,3	111,8	112,9	114,0	113,5	114,4	112,8	111,4	111,8	113,7
Agrarstoffe	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Industriestoffe ²¹⁾	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren ..	"	"	99,4	99,5	99,6	100,0	100,0	100,1	99,9	99,6	99,9	100,0	100,5	100,9	100,9	101,3
darunter Textilien	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
„ Baustoffe	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Industrielle Fertigwaren	"	"	131,2	131,3	132,4	132,7	132,8	132,7	132,4	132,3	132,2	132,3	132,2	132,4	132,5	132,6
darunter Produktionsgüter	"	"	113,2	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,3	113,5
„ Verbrauchsgüter	"	"	144,7	145,0	146,8	147,3	147,4	147,3	146,9	146,6	146,5	146,6	146,5	146,8	147,0	146,9
Gebundene Grundstoffpreise ²²⁾ ..	1928 = 100	"	83,9	84,0	84,1	84,1	84,0	84,0	84,7	84,6	84,8	84,8	84,8	84,7	84,7	84,9
Lebenshaltungskosten																
Gesamt	1913/14 = 100	D	130,2	130,8	131,5	131,9	132,0	132,4	133,4	134,1	135,7	133,3	132,8	132,8	133,0	133,5
Ernährung	"	"	126,0	126,6	127,1	127,4	128,1	128,6	129,7	130,6	134,2	133,0	128,3	126,2	126,3	127,0
Bekleidung	"	"	146,2	148,8	151,3	153,3	152,8	153,1	155,9	158,1	158,7	160,1	160,8	162,2	165,6	166,4
Wohnung	"	"	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2	121,2
Heizung und Beleuchtung	"	"	124,4	125,0	125,1	124,9	124,5	123,8	123,1	122,9	122,9	122,9	122,7	123,1	123,3	123,7
Verschiedenes	"	"	147,5	147,6	148,2	148,4	148,4	148,5	148,7	149,0	149,0	149,1	149,2	149,7	150,0	150,1

¹⁾ A = Monatsanfang, D = Monatsdurchschnitt, E = Monatsende, S = Monatssumme, VS = Vierteljahrssumme. — ²⁾ Nach Ermittl. d. Stat. Reichsamts. — ³⁾ Nach dem Reichs-
anzeiger. — ⁴⁾ Nach den Zählkarten der Amtsgerichte; Zahl der eröffneten und der mangels Masse abgelehnten Verfahren. — ⁵⁾ Einschl. Reichsschatzwechsel. — ⁶⁾ Einschl.
Spareinlagen. — ⁷⁾ Steuern, Zölle, Abgaben. — ⁸⁾ Einschl. Kommunalbanken; nach der Monatsstatistik der deutschen Spar- und Girokassen. — ⁹⁾ „Sonstige
Gläubiger“. — ¹⁰⁾ Ohne Sachanlagen und Fusionen. — ¹¹⁾ Debitzinsen einschl. Kreditprovision. — ¹²⁾ Satz des Zentralen Kreditausschusses. — ¹³⁾ Kreditzinsen für täglich fälliges
Geld in provisionsfreier Rechnung. — ¹⁴⁾ Satz der Seehandlung. — ¹⁵⁾ Rendite der an der Berliner Börse gehandelten Papiere. — ¹⁶⁾ Ohne Reichsanleihen sowie ohne Industrie-
obligationen. — ¹⁷⁾ Ohne Reichsanleihen. — ¹⁸⁾ Nach den amtlichen Lohnhebungen. — ¹⁹⁾ Maschinengüter, Schrott, Messingblechabfälle, Blei, Schnittholz, Wolle,
Hanf, Flachs, Ochsenhäute, Kalbfelle. — ²⁰⁾ Rohstoffe und Fertigwaren zusammen. — ²¹⁾ Berechnung des D. I. f. W. — ²²⁾ Neue Berechnung der amtlichen Statistik; als
Emissionen der Bodenkreditinstitute werden nicht mehr wie bisher die Bruttoverkäufe, sondern die Umlaufveränderungen (Unterschied zw. Verkauf u. Rückkauf
bzw. Tilgung) eingesetzt. Seit 1939 einschl. Ostmark.

